

# Eineinhalb Jahre Krieg in der Ukraine: Eine nüchterne Betrachtung (früherer) Behauptungen und seiner unmittelbaren Folgen

Helmuth (06.08.2023)

## *Vorbemerkung*

Die Invasion Russlands und der Krieg in der Ukraine lässt sich aus vielen Blickwinkeln betrachten und es gibt verschiedene Auffassungen davon, wie eine umfassende angemessene Stellungnahme dazu aussehen müsste. Daneben gibt es aber auch die konkretere Frage: Was waren und sind die Vermutungen über den Kriegsverlauf, trafen/treffen sie ein und inwieweit haben sie Konsequenzen für die allgemeine Stellungnahme zu dem Krieg? Dies ist eine eher „funktionalistische“ Betrachtung, für die die reale Entwicklung mit den zuvor getroffenen Stellungnahmen und Entscheidungen konfrontiert wird. Im Folgenden sollen einige dieser Vermutungen, wie sie aufgestellt wurden, klar formuliert werden, um gleichzeitig aufzuzeigen, ob bzw. inwieweit diese Vermutungen Realität geworden sind.

*These 1: Russland wird den Krieg gewinnen und dann die Ostgebiete der NATO angreifen. Deshalb muss die ukrainische Armee maximal unterstützt werden.*

Diese These, die immer noch einen Kern der Argumentation gegen den Pazifismus ausmacht, hat sich in mehrfacher Hinsicht als falsch erwiesen. So war der Kriegsverlauf ein ganz anderer: Selbst ohne schon nennenswerte Hilfe aus dem Westen wurde der russische Vormarsch auf Kiew aufgehalten. Mit etwas mehr Hilfe westlicher Militärtechnik wurden Teile der Südukraine zurückerobert. Und das technische und rein quantitative Verhältnis der westlichen militärischen Bewaffnung zu dem Stand der russischen ist offensichtlich so überlegen, dass ein ernsthafter Angriff der russischen Armee auf einen NATO-Staat von vornherein extrem unwahrscheinlich war und ist. Die russische Armee hat ca. 5 Monate gebraucht, um Bachmut zu erobern, was deutlich zeigt, wie schwach sie eigentlich ist.

Militärtechnisch würde ich behaupten, dass erst die Länge des Krieges die obige Behauptung wahrscheinlicher macht, sie also eigentlich das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollte. Die russische Ökonomie ist inzwischen weitgehend auf Kriegsökonomie umgestellt, was bedeutet, dass die vorhandenen Ressourcen (Arbeitszeit und Rohstoffe) vorrangig für die Produktion von Waffen eingesetzt werden.<sup>1</sup> Damit besitzt die russische Armee jetzt einen wesentlichen logistischen Vorteil (aber natürlich weiterhin keinen militärtechnischen) gegenüber den westlichen Ländern. Auch in diesen kommt es zu einer Umstellung in Richtung der Produktion von Kriegsgütern (Rheinmetall will z.B. 2023 3000 neue Jobs schaffen), aber über den Markt, der kontinuierlich für Militärgüter wächst. Diese Umstellung ist aber erstens vergleichsweise viel geringer und natürlich auch viel langsamer als die politische Umstellung der russischen Ökonomie.

*These 2: Es gibt eine realistische Perspektive für diesen Krieg und das ist die Niederlage der russischen Armee. Deshalb muss die ukrainische Armee maximal unterstützt werden.*

Eine einfache militärische Überlegung ergibt, dass ohne die Unterbrechung von Nachschub ein Krieg kein (schnelles) Ende finden kann, speziell nicht, wenn in den kriegsführenden Ländern die jeweilige Ökonomie erstmal auf Kriegsökonomie umgestellt ist und für die politische Ordnung alle liberalen Elemente außer Kraft gesetzt worden sind. Ein Sieg der ukrainischen Armee würde also eine Ausweitung des Kriegs ins russische Gebiet voraussetzen, um den Nachschub zu unterbinden. Umgekehrt kann es keine vergleichbare Kriegsökonomie in der Ukraine geben, solange sie von russischem Gebiet entsprechend bombardiert werden

kann. Insofern widerspricht diese These einer einfachsten militärischen Überlegung. Diese Einschätzung ist realistisch (ARD text 7.3.2023): „Bundeskanzler Olaf Scholz stellt sich darauf ein, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine noch lange dauern könnte... Der Krieg sei ‚mit unglaublichen Verlusten‘ auf beiden Seiten verbunden... Scholz sprach sich als Konsequenz ... für eine engere Verzahnung von Bundeswehr und Rüstungsindustrie aus, um zum Beispiel Munitionsknappheit vorzubeugen. ‚Wir haben früher mal gesagt: Wir bestellen so eine Waffe und die Munition, und dann 20 Jahre nichts, bis das kaputt ist, und wir bestellen eine neue‘, sagte er. Nun müsse man aber zu einer kontinuierlichen Produktion kommen und die Bedingungen dafür schaffen.“

Vor uns liegen also noch mehrere Jahre Krieg. Und eigentlich war und ist kein „gutes“ Ende vorstellbar (gibt’s angesichts der Zerstörungen und Toten sowieso nicht mehr<sup>ii</sup>). Inzwischen gibt es auf beiden Seiten staatlich unkontrollierte paramilitärische Gruppen, deren Agieren unvorhersagbar ist und von denen niemand weiß, wie sie sich am Ende des Krieges verhalten würden. Bei einer Niederlage der russischen Armee würde es sehr wahrscheinlich zu Bürgerkrieg im gesamten Herrschaftsgebiet der russischen Regierung kommen, ohne eine erkennbare positive Oppositionskraft, die in einer solchen Situation eine politische Wende in Richtung einer besseren Entwicklung einleiten könnte. Bei einer Niederlage der ukrainischen Armee würde der autoritäre Block, der sich aktuell bildet, gestärkt auftreten und würden damit Aufstände wie im Iran oder Widerstandsaktionen wie in Afghanistan noch aussichtsloser dastehen. Jeder Monat Fortsetzung dieses Krieges führt nur zu einer Verschlechterung der weltweiten Perspektiven auf eine humane Entwicklung.

*These 3: In der Ukraine werden die westlichen Werte der Freiheit gegenüber dem autoritärem Regime Russlands verteidigt. Deshalb muss die ukrainische Armee maximal unterstützt werden.*

Eine nüchterne sozial-ökonomische Analyse von Russland und der Ukraine zeigt, dass sie sich in wesentlichen Aspekten wenig unterscheiden. Ökonomisch in Fragen einer oligarchischen Kontrolle der Wirtschaft und einer geringen gewerkschaftlichen Organisationsmöglichkeit.<sup>iii</sup> Korruption war in beiden Ländern breit vorhanden.<sup>iv</sup> Politische Freiheiten waren in beiden Ländern eingeschränkt, in Russland stärker als in der Ukraine. Die individuelle Lebenserwartung war 2021 fast identisch,<sup>v</sup> Armut in der Ukraine weiter verbreitet als in Russland (Daten der Weltbank bzw. von Wikipedia). Im praktischen Umgang mit abweichenden Geschlechtsidentitäten gab es kaum Unterschiede. Vor 2014 lebten 1.6 Mio. Ukrainer in Russland, um dort zu arbeiten. Durch die Maidan-Unruhen wuchs diese Zahl um weitere 0.9 Mio.<sup>vi</sup> Offensichtlich gab es vor diesem Zeitpunkt keine große Feindlichkeit zwischen den Bevölkerungen, sondern eher einen problemlosen Austausch in beide Richtungen.

Faktisch hat der Krieg erreicht, dass die zarten Pflanzen eines gesellschaftlichen Widerstands für mehr Freiheit, Gleichheit, Fürsorge und Kooperation in den beiden Staaten inzwischen komplett unterdrückt worden sind. Diese Entwicklung ist logisch und Teil jedes Krieges, denn während eines Krieges können wegen der Massivität der Auseinandersetzung abweichende Meinungen nur begrenzt toleriert werden. Dementsprechend ist in beiden Ländern die Pressefreiheit weitgehend eingeschränkt worden, die Bewegungsfreiheit der männlichen Bevölkerung wurde deutlich reduziert, Streiks und Ähnliches sind nicht mehr möglich. Ukrainer\*innen, die in russisch eroberten Gebieten kooperiert haben, werden von der ukrainischen Regierung bedroht, Ukrainer\*innen in den von der russischen Armee besetzten Gebieten dazu gedrängt, die russische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Zivile Themen und ein ziviler Ton sind im Alltag bedeutungslos geworden.<sup>vii</sup> Der dominante Ton der Berichterstattung hat sich deutlich verschoben (ARD text 14.04.2023): „Die Ukraine will nach Angaben ihres Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates jede erlaubte Waffe ‚testen und einsetzen‘, um ihre Gebiete zurück-zu erobern. Das gelte auch für die von Russland bereits 2014 annektierte Halbinsel Krim... Die Krim ist das Territorium der Ukraine, und wir werden dort alle Waffen testen und einsetzen, die nicht durch internationale Gesetze verboten sind und die zur Befreiung unserer Gebiete beitragen werden.“ (Chef des Sicherheitsrates, Olexij Danilow) Zweifel darüber,

was die Bevölkerung der Krim möchte, gibt es auf ukrainischer Seite scheinbar nicht – Abstimmungen über Zugehörigkeit oder Autonomie sollen dementsprechend nicht erlaubt werden.<sup>viii</sup>

Ganz im Gegensatz zu der Eingangsbehauptung führt der Krieg zu einem wachsenden Freiheits- und Zivilisationsverlust, einem Verlust an Empathie, Fürsorge für Einzelmenschen und zur Unterdrückung von Kooperation (siehe die Putinsche Deligitimierung ukrainischer Geschichte, die ukrainische Ächtung russischer Kultur und Künstler).<sup>ix</sup> Trauriger Höhepunkt ist der Angriff der russischen Armee auf Häfen, die für den Export von Getreide benötigt werden,<sup>x</sup> aber auch die Sprengung des Kachowka-Staudamms im Süden der Ukraine, von welcher Seite sie auch immer vorgenommen wurde.

Wenn man die These dieses Abschnitts ernst nehmen würde, dann folgte daraus, dass ganz andere zivile und militärische Konflikte im Mittelpunkt stehen sollten, wie z.B. Afghanistan, Iran, Jemen, Naher Osten etc. Fakt ist aber, dass genau hier, wo die Unterdrückung von Mehrheiten und Minderheiten deutlich massiver und brutaler ist, die Meinung vertreten wird, sich nicht so zu engagieren wie in der Ukraine.

*These 4: Durch den Krieg ist es wieder zu einem einheitlichen Block des Westens gekommen, wodurch die Freiheit auf der Welt besser verteidigt wird. Deshalb muss die ukrainische Armee weiterhin maximal unterstützt werden.*

Diese These ist durch die aktuelle Entwicklung widerlegt. Inzwischen gibt es gemeinsame Manöver der südafrikanischen Marine mit der russischen und chinesischen, es gibt ökonomische und politische Bündnisse zwischen Iran, Russland, China, teilweise Indien, Brasilien usw. Wenn der Krieg etwas bewirkt, dann einen wachsenden Bedeutungsverlust der westlichen Staaten, aktuell wohl am deutlichsten in Afrika, aber auch in Südamerika<sup>xi</sup>. Wie massiv diese Entwicklung ist, zeigt der Auftritt Lawrows in der Türkei, wie er vom ZDF (07.04.2023) dokumentiert wurde: „Russlands Außenminister Sergej Lawrow hält Friedensgespräche zur Beilegung des Ukraine-Kriegs nur im Zuge einer ‚neuen Weltordnung‘ ohne eine Vorherrschaft der USA für möglich“.

Der „einheitliche Block“ des Westens agiert so einheitlich, dass die US-Regierung ohne Absprache mal vorgibt, dass der Krieg durch Verhandlungen beendet werden oder auf jeden Fall bis zum Sieg der ukrainischen Armee fortgeführt werden sollte. Er ist so einheitlich, dass Macron und von der Leyen in China zusammen mit unterschiedlichen Aussagen vorstellig werden, eine vermutlich einfach komplett naive Baerbock einen Appell an den chinesischen Außenminister richtet, während verkündet wird, dass der chinesische Verteidigungsminister nach Moskau reist. Und die US-amerikanische Fracking-LNG-Industrie erlebt rauschartige Zustände, weil europäische Regierungen ihr über 1 ½ Jahrzehnte beste Gewinne bei maximaler Naturzerstörung garantieren, umgekehrt aber europäische Industrieprodukte ihre Konkurrenzfähigkeit durch zu hohe Energiekosten verlieren.<sup>xii</sup>

*These 5: Der Krieg verteidigt eine soziale und ökonomische Entwicklungsperspektive der Ukraine, die unter russischen Einfluss nicht gegeben wäre. Deshalb muss die ukrainische Armee maximal unterstützt werden.*

Die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlief einigermaßen katastrophal, mit einem erheblichen Bevölkerungsverlust, partieller Deindustrialisierung, relativer Armut. Wie der weitere Verlauf ohne Krieg gewesen wäre, kann nur vermutet werden. Sicher ist aber, dass der Krieg die ökonomischen Perspektiven der Ukraine deutlich eingeschränkt hat.<sup>xiii</sup> 2022 war das Wirtschaftswachstum knapp -30 Prozent, es steht nicht zu erwarten, dass es in 2023 zu einer nennenswerten Steigerung kommen kann. Das Land hat mindestens ein Zehntel der Bevölkerung dauerhaft durch Flucht verloren (vermutlich deutlich mehr). Der ukrainische Staat häuft durch die Finanzierung des Kriegs horrenden Schulden an, aktuell pro Jahr ungefähr in Höhe des gesamten Bruttosozialprodukts desselben Jahres. Alle

Gelder der US-Regierung an die Ukraine sind gesetzlich geregelte *Kredite* – England hat seine US-Kredite des 2. Weltkriegs komplett begleichen müssen und bis 2006 abbezahlt. Der Krieg hat größere Teile des Landes für die nächsten Jahre unbewohnbar gemacht: (ARD text 14.04.2023): „In der Ukraine soll eine Fläche von der doppelten Größe Österreichs mit Landminen verseucht sein - wohl auf Jahrzehnte.“ Die Infrastruktur weitere Teile des Landes ist durch die Luftangriffe der russischen Armee und durch die Kampfhandlungen zerstört. Faktisch dürfte bei Fortführung des Krieges die Perspektive wenig besser sein als für Syrien, eher schlechter, solange die Migration der jungen Bevölkerung in den Westen ein offener Weg bleibt, um der Misere zu entkommen.

#### *These 6: Das Völkerrecht muss gelten, sonst gibt es keine friedliche Weltordnung*

Ein zentraler Punkt der Debatte um den Ukraine-Krieg ist das Völkerrecht. Dieses verurteilt einen Angriffskrieg und definiert das Recht auf militärische Selbstverteidigung infolge Angriffs. Damit ist häufig das Ende jeder Debatte um den Ukraine-Krieg erreicht: Russland hat angegriffen und die Ukraine verteidigt sich. Mehr gebe es nicht zu sagen, die ukrainische Bevölkerung wolle das so.

Das Völkerrecht legt fest: „Völkerrechtssubjekte sind in erster Linie die Staaten, welche als die ‚Normalpersonen‘ des Völkerrechts betrachtet werden können.“ (Wikipedia). Folgt aus dem Völkerrecht unmittelbar Recht und Pflicht auf militärische Selbstverteidigung? Der § 51 der UN-Charta definiert ausdrücklich, dass auch ein Verteidigungskrieg gegenüber internationalen Friedens- und Sicherheitsinteressen legitimiert sein muss. Denn beides – ein illegitimer Angriffskrieg und eine legitime Selbstverteidigung – sind nicht einfach zwei Seiten derselben Medaille. Dafür einige Beispiele. 1978 marschierte die vietnamesische Armee in Kambodscha ein. War der militärische Widerstand der kambodschanischen Armee durch das Völkerrecht legitimiert? Sicherlich nicht: Die kambodschanische Armee verteidigte das komplett inhumane Regime der Roten Khmer, jede militärische Verteidigung war zu ächten, hätte sie denn länger angehalten. War der Widerstand der irakischen Armee gegen die völkerrechtlich nicht legitimierte US-amerikanische Invasion in dem Jahr 2003 legitimiert? Wiederum nein, auch wenn er sich gegen einen Angriffskrieg richtete. Saddam Hussein war ein brutaler Diktator, eine Verteidigung der durch ihn geprägten gesellschaftlichen Verhältnisse war moralisch nicht zu begründen, somit der Verteidigungskrieg auch nicht. Wie sieht es mit dem Einmarsch der Türkei in Afrin im 2018 aus: War militärischer Widerstand hier legitim? Vermutlich ja: Ein nicht legitimer Angriffskrieg wird geführt in einer Region mit besseren gesellschaftlichen Strukturen, nämlich Afrin. Und doch war es wohl richtig, nicht militärisch zu reagieren, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern einfach wegen der zu erwartenden Folgen. Diese Beispiele zeigen, dass der Verweis auf das Völkerrecht nicht das Ende der Debatte über die Richtigkeit einer militärischen Verteidigung des angegriffenen Staates darstellt, sondern einer Abwägung der humanitären, gesellschaftlichen, internationalen und sonstigen Folgen bedarf.

Nationalstaaten sind insgesamt keine unhintergehbaren Einheiten. Das zeigt die Debatte, die im Vorfeld des Ersten Weltkrieges über die richtige Reaktion auf eine Kriegserklärung in der europäischen Linken geführt wurde.<sup>xiv</sup> Es herrschte Konsens darüber, dass jede Kriegserklärung, egal von welcher Seite, nicht mit einem Verteidigungskrieg beantwortet werden sollte. Die verabredete Antwort waren Massenkundgebungen, politischer Streik, Generalstreik und jede Form von politischer Delegitimierung. Argument eins für den Verzicht auf militärische Verteidigung war: In einem solchen Krieg werden primär Arbeiter(\*innen) sterben, nicht BürgerInnen, die ihn auslösen bzw. erklären. D.h. diejenigen, die die Opfer tragen, sind nicht diejenigen, die den Krieg verursachen, und beide sind sich in ihrer sozialen Position auch nicht ähnlich bis gleich. Es gibt also keinen Grund, den Krieg zu unterstützen, obwohl er sich gegen den Nationalstaat richtet. Argument zwei war: Die politischen und sozialen Verhältnisse der beteiligten Länder unterscheiden sich nur geringfügig. Ob man als „ProletarierIn“ in Frankreich oder Deutschland lebte, machte keinen großen Unterschied. Damit machte es keinen Sinn, nationalstaatliche Grenzen zu verteidigen, die keine Bedeutung für das eigene Leben

haben. Argument drei war: Die vorherigen Jahrzehnte hatten eine deutliche Besserung der politischen Ausgangslage für gesellschaftliche Veränderungen erbracht. Diese rückten auch ohne die Anwendung von Gewalt in eine greifbare Nähe, allein durch mehr Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Kampf für ein allgemeines Wahlrecht. Mit der wachsenden Zahl kleinerer Kriege im Vorfeld des ersten Weltkriegs drohte dagegen ein gesellschaftliches Rollback. „Daneben geht die demokratische Entwicklung zurück, ein immer größerer Verfall des Parlamentarismus ist die weitere Folge“.<sup>xv</sup> Jeder Krieg setzt zu seiner Führung eine bestimmte Organisationsstruktur voraus, die Individualisierung, freie Öffentlichkeit, Organisationsfreiheit und soziale Gleichheit massiv einschränken muss. Das Ziel ist aber gerade deren Erweiterung, letztendlich die freie Kooperation. Deshalb wurden militärische Vorgehensweisen verworfen und auf gewaltfreien Widerstand gesetzt.

*These 7: „Wir“ sind diejenigen, die die Ukraine unterstützen müssen, sonst steht sie allein da. Deshalb muss die ukrainische Armee maximal unterstützt werden.*

Das vielleicht am meisten irritierende Element der links-alternativen Diskussion der russischen Invasion ist ihre komplette Staatsorientierung. Die linksalternative Bewegung ist zum deutschen Wir geworden, das die Regierung durch Appell an ihre Sorgfaltspflicht für „uns“ zu beeinflussen sucht oder sich gar in militärstrategische Phantasien verstrickt. Oder Geheimpläne der russischen und US-amerikanischen Regierungen (die es sicher gibt) als unmittelbare Realität unterstellt und die Eigenständigkeit des Handelns der verschiedenen Akteure (und damit ihre Verantwortlichkeit) komplett ausblendet, um letztendlich doch wieder nur an Regierungen zu appellieren. Dabei ist offensichtlich, dass die Linke aktuell nicht in der Lage ist, den Kriegsverlauf nennenswert zu beeinflussen. Eine Beeinflussung bedürfte einer eigenständigen Stellungnahme zu diesem Krieg auf der Basis spezifischer Prinzipien, aber genau diese gibt es nicht.

Wichtig wäre es deshalb, dass die linke Diskussion dieses Krieges als Erstes ihre Staatsfixierung aufgeben würde: Das „Wir“ einer linken Diskussion sind nicht nationalstaatliche Regierungen, sondern eigentlich die unmittelbar betroffenen Personen und deren Leiden. Provokativ gesagt wären das die Soldaten, die gegeneinander kämpfen müssen und dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit ihr Leben verlieren werden. Das „Wir“ der Linken sind damit die, die das größte Interesse daran haben, dass dieser Krieg endet, und die das auch herbeiführen könnten, z.B. einfach, indem sie aufhören zu schießen und sich gegenseitig die Hände reichen. Sicherlich eine komplett illusionäre Hoffnung, aber immerhin eine, die eine positive Zukunft versprechen würde und die mit zum Ende des ersten Weltkriegs beigetragen hat.<sup>xvi</sup>

### *Schluss*

Aus allem folgt, dass nur ein bedingungsloser Waffenstillstand eine Forderung ist, die konsensfähig sein könnte. Ich zitiere: „Uns ist klar, dass die russische Regierung für diesen Krieg die völkerrechtliche Verantwortung trägt. Und ist aber auch klar, dass aktuell weder die russische Regierung noch die ukrainische Regierung ernsthaft verhandeln wollen. Uns ist zudem klar, dass unser Dissens darüber, wie auf die Invasion der russischen Armee zu reagieren war, ungelöst ist. Aber angesichts der aktuellen Kriegssituation spielen diese Fragen keine zentrale Rolle. Zu diesem Zeitpunkt geht es ausschließlich darum, dass die Gewalt der Waffen aufhören muss, um eine Logik der Befreiung zu ermöglichen und vor allem um das immense Leiden zu beenden, das dieser Krieg mit sich bringt, ohne erkennbar noch ein realistisches Ziel zu haben.“

<sup>i</sup>Nach Angaben des russischen Industrieministers Denis Manturov produziert die dortige Verteidigungsindustrie nun mehr Munition pro Monat als im gesamten Jahr 2022. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf die Nachrichtenagentur RIA. (ARD Text 24.07.2023).

„Die staatlichen (russischen) Ausgaben für die Rüstungsindustrie sind Wachstumstreiber Nummer eins. Das größte Flächenland wendet rund 375 Millionen Euro pro Tag für den Krieg auf. Im Jahr 2022 stiegen die Ausgaben für Militär und Verteidigung um rund ein Drittel auf 82 Milliarden Euro, was einem Anteil von 4 Prozent am BIP entspricht. Diese Ausgaben steigen 2023 weiter. Allein im Januar und Februar 2023 flossen 24,2 Milliarden Euro in den militärisch-industriellen Komplex – ein Plus von 282 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.“

<https://www.gtai.de/de/trade/russland/wirtschaftsumfeld/umbau-zur-kriegswirtschaft-daempft-den-abschwung-584942>

ARDtext, 04.08.2023: Russland gibt in diesem Jahr offenbar weitaus mehr für Rüstung aus als ursprünglich geplant. Wie aus einem Regierungsdokument hervorgeht, das die Nachrichtenagentur Reuters zitiert, sind für 2023 mehr als 100 Milliarden Dollar vorgesehen. Das entspricht einem Drittel aller Staatsausgaben. Ursprünglich hatte die Regierung in Moskau demnach Rüstungsausgaben von 54 Milliarden Dollar eingeplant.

ii

Medien berichten, dass allein die Offensive der ukrainischen Armee seit Juni 2023 auf beiden Seiten jeweils um die 30.000 Tote und Verletzte SoldatInnen gefordert hat – für einen Landgewinn von bis Anfang August 250 Quadratkilometer, also 20 \* 12,5 km. Die zivilen Opfer und Verletzten dieses Zeitraums sind darin nicht enthalten und auch die Opfer der sich ausbreitenden weltweiten Hungerkatastrophe, die zum Teil durch diesen Krieg mit verursacht ist.

<sup>iii</sup> Zur Lage der Gewerkschaften in der Ukraine vor der Invasion siehe:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Gewerkschaften\\_in\\_der\\_Ukraine](https://de.wikipedia.org/wiki/Gewerkschaften_in_der_Ukraine)

Und aktuell:

<https://www.labournet.de/internationales/ukraine/politik-ukraine/in-zeiten-wie-diesen-die-ukrainische-regierung-schraenkt-im-kriegsrecht-arbeitnehmerrechte-ein/>

Zur Lage der Gewerkschaften in Russland vor der Invasion siehe:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Gewerkschaften\\_in\\_Russland](https://de.wikipedia.org/wiki/Gewerkschaften_in_Russland)

<sup>iv</sup> <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/315529/ranking-korruption-und-rechtsstaatlichkeit/>

<sup>v</sup> <https://www.laenderdaten.info/lebenserwartung.php>

<sup>vi</sup> Entwicklung der Flüchtlingszahlen zwischen Ukraine und Russland (zum Vergleich Deutschland und Polen). Die Zunahme von Flüchtlingen zwischen den beiden Ländern beginnt erst 2014 im Kontext der Maidan Unruhen.

Refugees under UNHCR's mandate von:		Ukraine	Russland
	<b>nach:</b>		
2013	Deutschland	261	4358
	Polen	39	15149
	Ukraine bzw. Russland	5	103
2014	Deutschland	299	4608
	Polen	35	14277
	Ukraine bzw. Russland	231787	104
2015	Deutschland	320	4856
	Polen	41	12304
	Ukraine bzw. Russland	311407	116
2016	Deutschland	355	5255
	Polen	114	9864
	Ukraine bzw. Russland	226231	133
2017	Deutschland	631	6960
	Polen	369	9950
	Ukraine/Russland	123600	150

Basierend auf der UNHCR Datenbank: <https://www.unhcr.org/refugee-statistics/download/?url=a2p8J8>

---

vii Zur politischen Entwicklung der ukrainischen Regierung sind auch diese Hinweise interessant:

Das "Russische Freiwilligenkorps" trat im März mit der Behauptung in Erscheinung, in der Grenzregion Brjansk erstmals nach Russland eingedrungen zu sein. Angeführt wird es von Denis Nikitin (eigentlich Kapustin), einer bekannten Figur in der russischen Hooligan- und rechtsextremen Szene. Er organisierte in der Ukraine Kampfsport-Veranstaltungen und hatte eine eigene Modemarke.

Die Anfang 2022 gegründete Miliz "Freiheit Russlands" hat als politischen Anführer den ehemaligen russischen Parlamentsabgeordnete Ilja Ponomarjow, der 2014 als einziger gegen die Annexion der Krim gestimmt hatte und anschließend in die Ukraine ausgewanderte. In der Berichterstattung der ukrainischen Medien über den jüngsten Angriff in Belgorod stand ein Vertreter der Miliz mit Decknamen "Caesar" im Vordergrund. Die Nachrichtenagentur AFP hatte ihn im Dezember an der Ostfront der Ukraine interviewt. Er kämpfe "gegen das Regime von Wladimir Putin", sagte er damals und bezeichnete sich als russischen Patrioten und "rechten Nationalisten".

Die Einsätze in der Ukraine würden mit der ukrainischen Armee koordiniert, auf russischem Territorium agiere das Korps unabhängig, hatte ein Kämpfer mit Decknamen Fortune im März AFP gesagt.

(<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/belgorod-milizen-rechtsextrem-ukraine-krieg-russland-100.html>)

viii

Historisch gesehen, ist es unklar, was die Bevölkerung der Krim eigentlich will – am ehesten wohl Autonomie gegenüber der Ukraine und gegenüber Russland. Sie hierzu den Artikelabschnitt „Wiederbegründung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim“ im Wikipedia Artikel zur Krim:

Sowie dann weiter unten: „In dem am 16. März 2014 durchgeführten Referendum über den Status der Krim sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von 83,1 % dem amtlichen Endergebnis zufolge 96,77 % der Abstimmenden für einen Anschluss an Russland aus. Ein Ende April 2014 veröffentlichter Bericht des Mitglieds des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten Bobrow schätzt nach Befragungen von Fachleuten und Bürgern dagegen, es hätten „[n]ach unterschiedlichen Angaben [...] 50 bis 60 % der Stimmbürger für den Anschluss gestimmt, bei einer Wahlbeteiligung von 30 bis 50 %.“, in der Autonomen Republik Krim hätten nach seiner Schätzung 50–60 %, in der Stadt Sewastopol 50–80 % zugestimmt...“ „Die ukrainische Volkszählung aus dem Jahr 2001 ergab 10,1 % ukrainischsprachige, 11,4 % krimtatarischsprachige und 77,0 % russischsprachige Muttersprachler in der Autonomen Republik Krim (ohne Sewastopol).“

<https://de.wikipedia.org/wiki/Krim>

ix

Wie weit dieser Zivilisationsverlust geht, zeigt u.a. in solcher Sprachregelung: Die ukrainische Armee setzt die kürzlich von den USA gelieferte Streumunition nach Angaben aus Washington bereits an der Front ein. "Sie setzen sie angemessen ein, sie setzen sie effektiv ein", sagte der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrats der US-Regierung, John Kirby.

Die "Washington Post" hatte zuvor berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte mithilfe der Streumunition versuchten, russische Stellungen an der Front im Südosten der Ukraine aufzubrechen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj dankte US-Präsident Joe Biden für ein "dringend benötigtes Verteidigungshilfepaket", das "die Ukraine dem Sieg über den Feind und die Demokratie dem Sieg über die Diktatur näherbringen wird".

x

Ein russisches Beispiel kompletten Zivilisationsverlust (ZDF 02.08.2023): Kiew: 40.000 Tonnen Getreide durch Angriffe vernichtet Bei russischen Angriffen auf einen Getreideaufzug, Getreidesilos und Lagerhäuser in der südlichen Region Odessa seien 40.000 Tonnen Getreide vernichtet worden, erklärte der ukrainische Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow in Online-Netzwerken. Die Lieferungen seien für Afrika, China und Israel bestimmt gewesen. Es seien Ermittlungen eingeleitet worden, erklärte die Generalstaatsanwaltschaft im Bezirk Ismajil.

Betrieb an ukrainischem Donau-Hafen Ismajl wohl eingestellt. Der Betrieb am ukrainischen Hafen Ismajl an der Donau ist zwei Insidern zufolge nach russischem Beschuss eingestellt worden. Die Anlage wurde mit Drohnen angegriffen.

Unter anderem ein Getreidesilo wurde beschädigt. Die Donau, deren Delta zum Nato- und EU-Mitglied Rumänien und zur Ukraine gehört, ist die wichtigste Ausweichroute für Getreideexporte, seit Russland vor gut zwei Wochen aus dem Getreideabkommen für Ausfuhren über das Schwarze Meer ausgestiegen ist.

xi

Da Costa e Silva (Außenminister Brasilien) betonte, dass das „wichtige Thema des Krieges in der Ukraine“ während des Gipfels und in bilateralen Treffen zur Sprache kommen könnte. „Es ist jedoch wichtig, zunächst zu sagen, dass es bei diesem Gipfel nicht um die Ukraine geht.“ Wie EURACTIV letzte Woche berichtete, wurde ein lateinamerikanischer

---

Gegenvorschlag einer Abschlusserklärung von mehreren EU-Mitgliedsstaaten mit Überraschung und Skepsis aufgenommen. Er enthielt keine expliziten Formulierungen mehr zur Unterstützung der Ukraine oder betonte den Umweltschutz der lateinamerikanischen Staaten, sondern wurde stattdessen abgeschwächt und forderte koloniale Reparationen. „Der EU-Text war ein Text, der sich an die Interessen der EU richtete – also legten die CELAC-Länder natürlich einen Gegenvorschlag auf den Tisch, in dem sie ihre Vorstellungen von den Beziehungen mit der EU darlegten“, erklärte da Costa e Silva. „Wenn es eine Überraschung von Seiten der EU gab, dann gab es eine Überraschung von Seiten der CELAC zu dem von der EU übermittelten Erklärungsentwurf“, fügte er hinzu. Während in EU-Kreisen die Meinung vorherrscht, dass es nach dem Gegenvorschlag der CELAC möglicherweise nicht zu einer gemeinsamen Gipfelerklärung kommen wird, blieb der Gesandte Brasiliens optimistisch und sagte, dass beide Seiten „eine für alle akzeptable Sprache finden müssen.“ (<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/interview/botschafter-ukraine-auf-eu-lateinamerika-gipfel-nicht-hauptthema/>)

xii

Im Juli lag der Gaspreis in Europa 4.2-mal so hoch wie in den USA. Allerdings ist die Wirkung auf die Konkurrenzfähigkeit der industriellen Produktion umstritten bzw. könnte nach Industriezweig variieren. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2023/Fokus-Nr.-434-Juli-2023-Gaspreise.pdf>  
[https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2023/02/produktionsindex-energieintensive-industriezweige-022023.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2023/02/produktionsindex-energieintensive-industriezweige-022023.pdf?__blob=publicationFile)

xiii

OTS0008, 13. Juli 2023, 08:00

Wien (OTS) - Welche Folgen hat der Krieg für die Bevölkerungsentwicklung in der Ukraine und was heißt das für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Zukunft des Landes? Mit diesen Fragen beschäftigt sich eine neue Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), die eine Lücke in der bisherigen Forschung schließt. Fazit: Der Krieg hat die demografische Krise der Ukraine, in der sich das Land seit seiner Unabhängigkeit befindet, radikal verschärft und wird zu einem massiven Arbeitskräftemangel nach Kriegsende führen. Unabhängig davon, wie lange der Krieg dauert, und ob es zu einer weiteren militärischen Eskalation kommt oder nicht, dürfte sich die Ukraine demografisch nie mehr von den Folgen des Krieges erholen. Auch im Jahr 2040 wird sie mit rund 35 Millionen Einwohnern etwa 20% weniger haben als vor dem Krieg (2021: 42,8 Millionen). Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dürfte dabei in jedem Fall am stärksten und folgenreichsten ausfallen.

Akuter Arbeitskräftemangel droht

Dadurch könnte der Wiederaufbau enorm beeinträchtigt werden, weil schlichtweg die Menschen fehlen werden, um die Zerstörungen zu beseitigen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das gilt vor allem für die östlichen und südöstlichen Regionen des Landes, die am stärksten vom Krieg betroffen sind. Vor allem die massive Abwanderung von gut ausgebildeten Frauen, zumeist im erwerbs- und gebärfähigen Alter, die etwa 70% der erwachsenen Flüchtlinge ausmachen, dürfte den Bevölkerungsverlust auf lange Zeit zementieren. Dazu kommt der Exodus von vielen Kindern und Jugendlichen, die rund ein Drittel der Geflohenen ausmachen. „Viele von ihnen werden nicht mehr da sein, wenn es darum gehen wird, das kriegszerstörte Land wieder aufzubauen. Wir gehen davon aus, dass mehr als 20% der Flüchtlinge nicht in die Ukraine zurückkehren werden“, sagt Maryna Tverdostup, Ökonomin am wiiw und Autorin der Studie.

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230713\\_OT0008/ukraine-bevoelkerungsschwund-gefaehrdet-wiederaufbau](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230713_OT0008/ukraine-bevoelkerungsschwund-gefaehrdet-wiederaufbau)

xiv

Siehe J. Schröders „Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale: Die Konferenz in Brüssel und die »Müller-Mission« am Vorabend des Ersten Weltkriegs“

<https://brill.com/display/book/edcoll/9783657785728/B9783657785728-s009.xml>

xv

Rosa Luxemburg 1911 (Rede in Stuttgart, GW Bd. 3)

xvi

Zu der Bedeutung von Befehlsverweigerungen für das Ende des ersten Weltkriegs siehe hier (Abschnitt: „Meutereien im Ersten Weltkrieg“):

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gehorsamsverweigerung>